

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Christine Ostrowski, Eva-Maria Bulling-Schröter
und der Fraktion der PDS**

Energieeinsparung im Wohnungswesen – Bilanz und Alternativen

Dem Gebäudebestand im Wohnbereich kommt eine wichtige Rolle bei der Energieeinsparung und damit der CO₂-Minderung zu. Bereits in den 90er Jahren wurden mehrere Maßnahmen ergriffen, die das Ziel hatten, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen im Wohngebäudebestand zu minimieren. Zu diesen Maßnahmen zählen die Neufassung der Heizungsanlagenverordnung 1994 und der Wärmeschutzverordnung 1995; außerdem das seit 1990 bestehende und verlängerte KfW-Förderprogramm zur Wohnraummodernisierung für die neuen Länder und das seit 1996 bestehende KfW-Förderprogramm (KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau) zur CO₂-Einsparung für die alten Länder. Mit der Neuorientierung der Eigenheimförderung nach Eigenheimzulagegesetz wurde darüber hinaus die Ökozulage eingeführt. Eine Reihe weiterer Maßnahmen, auch in den Ländern, kommen noch hinzu. Bei der Einführung dieser Maßnahmen hatte man damit gerechnet, dass sie einen deutlichen Einfluss auf die Senkung des Energieverbrauches haben. Politikszenerarien, erarbeitet im Auftrag des Umweltbundesamtes, hielten z. B. bereits bis zum Jahr 2005 eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 14 % gegenüber 1990 für möglich.

Wir fragen die Bundesregierung:

Zur Wärmeschutzverordnung

1. In welchem Umfang (bitte absolut und relativ) hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Energieverbrauch pro qm Wohnfläche bei Wohnungsneubau seit und durch Einführung der Wärmeschutzverordnung 1995 verringert, und wie verhält sich die erreichte Einsparung zur seinerzeit prognostizierten Verminderung des Energieverbrauches um ca. 30 % je qm Wohnfläche, gemessen an der Wärmeschutzverordnung 1982?
2. Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Ursachen dafür, falls kein wesentlicher Einspareffekt erzielt wurde?
3. Welche Gutachten, Fachaussagen, Studien von Instituten und Einrichtungen sind der Bundesregierung bekannt, die sich mit Ursachenforschung zum Nicht-Erreichen des Energieeinsparungsziels der Wärmeschutzverordnung befasst haben und wie lauten deren wesentliche Empfehlungen?
4. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gezogen und welche Initiativen hat sie ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die Wirkung der Wärmeschutzverordnung zu verbessern?

Zur Heizungsanlagen-Verordnung

5. In welchem Umfang (bitte absolut und relativ) hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Energieverbrauch pro qm Wohnfläche im Wohnungsbestand seit und durch Einführung der Heizungsanlagen-Verordnung verringert?
6. Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Ursachen dafür, falls kein wesentlicher Einspareffekt erzielt wurde?
7. Welche Gutachten, Fachaussagen, Studien von Instituten und Einrichtungen sind der Bundesregierung bekannt, die sich mit Ursachenforschung zum Nicht-Erreichen des Energieeinsparungsziels der Heizungsanlagen-Verordnung befasst haben, und wie lauten deren wesentliche Empfehlungen?
8. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gezogen und welche Initiativen hat sie ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die Wirkung der Heizungsanlagenverordnung zu verbessern?

Zum KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm für die neuen Länder

9. Wie hoch beziffert sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Fördermittel an den Fördermitteln des KfW-Modernisierungsprogramms insgesamt, die für Energiesparmaßnahmen verwendet wurden?
10. Wie entwickelte sich der Anteil der Fördermittel für Energiesparmaßnahmen an den KfW-Modernisierungsmitteln insgesamt im Verlaufe der Jahre 1990 bis 2000?
11. Für welche spezifischen Energiesparmaßnahmen wurden diese Mittel im Wesentlichen verwendet?
12. In welchem Umfang hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Energieverbrauch pro qm Wohnfläche im Wohnungsbestand seit und durch Einführung des KfW-Modernisierungsprogramms verringert?
13. Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Ursachen dafür, falls kein wesentlicher Einspareffekt erzielt wurde?
14. Welche Gutachten, Fachaussagen, Studien von Instituten und Einrichtungen sind der Bundesregierung bekannt, die sich mit diesbezüglicher Ursachenforschung befasst haben und wie lauten deren wesentliche Empfehlungen?
15. Welche Schlussfolgerungen und welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um durch die Bereitstellung des KfW-Modernisierungsprogramms für die neuen Länder die Energieeinsparungen im Gebäudebestand weiter zu verbessern?

Zum CO₂-Einsparungsprogramm für die alten Länder

16. In welchem Umfang (bitte relativ und absolut) haben private Eigenheimbesitzer das CO₂-Minderungsprogramm genutzt?
17. Worin liegen nach Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen dafür, falls die Nutzung durch private Eigenheimbesitzer gering ist?
18. In welchem Umfang (bitte absolut und relativ) hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Energieverbrauch pro qm Wohnfläche seit und durch Einführung des CO₂-Minderungsprogramms verringert?

19. Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Ursachen dafür, falls kein wesentlicher Einspareffekt erzielt wurde?
20. Welche Gutachten, Fachaussagen, Studien von Instituten und Einrichtungen sind der Bundesregierung seit welchem Zeitpunkt bekannt, die sich mit diesbezüglicher Ursachenforschung befasst haben und wie lauten deren wesentliche Empfehlungen?
21. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gezogen und welche Initiativen hat sie unternommen bzw. wird sie unternehmen, um die Wirkung des CO₂-Minderungsprogramms zu verbessern?

Zur Energieeinsparverordnung 2000

22. Was veranlasst die Bundesregierung zu der optimistischen Einschätzung, dass die beabsichtigte Energieeinsparverordnung zum Erfolg führen wird und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung bzw. welche Initiativen hat sie ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die Wirksamkeit der neuen Verordnung zu verbessern?
23. Wie vereinbart sich die wohnungspolitische Zielsetzung der vordringlichen Bestandssanierung mit der neuen Energieeinsparverordnung, die bekanntlich beim Neubau von Wohnungen vergleichsweise deutlich höhere Standards ansetzt und Maßnahmen fördert als im Wohnungsbestand?
24. Welchen Standpunkt hat die Bundesregierung zu der Ansicht, dass aus dieser wohnungspolitischen Zielstellung der Bundesregierung logischerweise folgen müsste, den Schwerpunkt der Energieeinsparmaßnahmen der neuen Verordnung auf den Wohnungsbestand zu konzentrieren, da ansonsten schon heute absehbar ist, dass die gewünschten Effekte nicht erreicht werden?

Berlin, den 8. September 2000

Christine Ostrowski
Eva-Maria Bulling-Schröter
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

